

### Um das tägliche Brot

Unsere ganze Volkswirtschaft stand vor dem Kriege im Zeichen der internationalen Arbeitsteilung. Dieses System hat große Leistungen zustande gebracht; es war ein Produkt und bleibt ein Postulat des Weltfriedens, und unsere Volkswirtschaftler hatten die größte Freude daran. Der wirtschaftliche Aufschwung der Schweiz in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege hängt aufs engste damit zusammen. Aber das fühlen wir jetzt von Tag zu Tag mehr, daß wir allzu sorglos und viel zu weit darin gegangen sind, daß wir gewirtschaftet haben, als ob keine Kriegsgefahr bestände.

Alles arbeitete für den Weltmarkt und den Weltverkehr. Unsere Landwirtschaft ist aus einer nationalen Versorgungseinrichtung eine Exportindustrie geworden. Darum hält es heute, wo mit dem Weltfrieden auch der große Verkehr versagt hat, so schwer, das Wirtschaftsleben auf die Erzeugung der unmittelbar dem eigenen Volke notwendigen Güter umzustellen. Immer noch verrichten wir Teilarbeit, obgleich bald niemand mehr da ist, der uns das Fehlende ergänzt, und dabei fehlt es am ersten Lebensmittel, am täglichen Brot!

Milchprodukte und Zuchtvieh für alle Welt, Getreide und Bodenfrüchte nur für einen Bruchteil des eigenen Volkes, das war das Ergebnis. Wie ist das gekommen?

Zwei Hauptursachen haben zusammengewirkt: Der Verkehr führte uns Weizen zu, mit dessen Preis die Eigenproduktion nicht zu konkurrieren vermochte. Die Industrie zog die Arbeitskräfte an und zwang die Landwirtschaft, sich vom Ackerbau abzuwenden und zu einer Betriebsform überzugehen, die weniger Personal verlangt.

Mehr als irgend ein anderes Volk haben wir vom Frieden gelebt und für den Frieden gearbeitet. Darum die ungeheure Mühe, die es braucht, um in der Schweiz eine Kriegswirtschaft durchzuführen. Es wurde hier schon darauf hingewiesen, daß der Zug in die Fabriken gerade jetzt besonders gefährlich eingeseht hat, während die Lage des Volkes ungebührender auf das Land zurück weist. Je mehr Eisenbahnen wir bis in das entlegenste Gebirgsdorf hinauf führten, um so mehr entvölkerten sich die Berge. Jetzt fehlt es am Werkzeug, am Können und vor allem an den nötigen Menschen, um alten Ackerboden neu zu bebauen, der seit Jahrzehnten in die primitivere Kulturstufe des Weidebetriebs zurückgefallen ist.

Das Werkzeug läßt sich schaffen. Einzelne Kantone gewähren Vorschüsse für die Beschaffung von Pflügen, Säemaschinen, die 25 bis 30 Proz. Saatgut ersparen, werden wo immer möglich eingeführt. Es werden auch Prämien für Urbarmachung von Weideland ausgesetzt. Die geradezu ungläubliche Vernachlässigung des Ackerbaus und die Krisis in der Stiderei im Kanton St. Gallen erlauben es, dort mehr zu tun, als in vielen andern Gegenden der Schweiz geschieht. Vorbildlich steht der Kanton Schaffhausen da, wo drei Fünftel des Bodens Ackerland ist; die Schaffhauser Dragoner sind aber auch als Lehrmeister des Pflügens in mehr als einem andern Kanton tätig gewesen. Schaffhausen hat auch zuerst energische Vorkehrungen getroffen für die richtige Verwendung des Getreides; es hat auf eigene Faust das Gerstenmonopol durchgeführt, als man anderswo noch die Köpfe schüttelte über die Bedenklichkeit der Ausschaltung des freien Handels. Zaudern und unsicheres Tappen haben die Lage erschwert. Statt die Versorgung der Arme mit Heu und Stroh gleich nach der Ernte oder doch im Herbst sicherzustellen, warteten die Behörden, bis sich die Bauern auf die vorhandenen Vorräte mit ihrem Viehbestand eingerichtet hatten, und verfügten die Bestandesaufnahme viel zu spät. Bis zum Monat März 1917 ging es, bevor der Bund schlüssig wurde über die Verwendung seines Grundbestandes, und in der Anpflanzung und erst recht in letzter Zeit bei der Ernte auf den Erzier- und Schießplätzen zeigte sich eine merkwürdige Unsicherheit.

All das sei gesagt, nur um die immer gebieterischer auftretende Notwendigkeit ganzer, durchgreifender Lösungen für die Zukunft zu betonen; mit Konzessionen und Kompromissen nach rechts und links kann man die Lage nicht mehr meistern. Die Einsicht fehlt sicherlich nicht, wohl aber offenbar bis zu einem gewissen Grade das Vertrauen in die notwendige Mitarbeit des Volkes, an die in den letzten Erlassen des schweizerischen Volkswirtschafts-

parlements wiederum so dringlich appelliert wird. Dieser Mangel an Vertrauen droht von Tag zu Tag mehr erwidert zu werden, gerade weil das Volk die starke Hand nicht fühlt, die in so stürmischer Zeit das Steuer führen muß. „Im Notfall werden wir vor Zwangsmaßnahmen nicht zurückschrecken“ steht im sechsten Neutralitätsbericht zu lesen. Wir haben schon am 7. Juli darauf verwiesen und die Ansicht ausgedrückt, daß der Notfall da sei.

In einer Reihe von Erlassen hat es seither freilich nicht gefehlt, und man muß wissen, daß im Bundeshaus von den leitenden Personen in schier übermenschlicher Anstrengung gearbeitet wird. Kritischer ist leichter als besser machen; es wird auch gewiß immer wieder in einer Art kritisiert, die nicht dazu angetan ist, die Arbeit zu fördern. Das alles zugegeben, kann man sich nicht vor der Tatsache verschließen, daß vielfach zu spät und immer wieder zu unentschieden eingegriffen wurde.

Die Brotfrage ist endlich beschlossene Sache; aber die Erwartung, sie auf 1. September eingeführt zu sehen, wurde enttäuscht. Wir müssen warten bis 1. Oktober. Den Widerständen, die noch in der letzten Session der Bundesversammlung an den Tag traten, ist zu lange Rechnung getragen worden.

Am Mittwoch fand im Bundeshaus eine Besprechung mit den Vertretern des Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Partei der Schweiz statt, an der die Forderungen der bekannten Eingabe an den Bundesrat behandelt wurden. Es nahmen daran teil die Vorsteher der in erster Linie beteiligten Bundesverwaltungen und Arbeitsekretär Greulich, Mg. Greutert, Platten, Dürr, Bezirksrichter Rieber, Huggler und Dr. Kästi. Die Mitteilungen des Oberkriegskommissariates über den Stand der Getreideversorgung, die bei dieser Gelegenheit gegeben wurden, bestätigten und ergänzten die Zahlen, die wir in der gestrigen Morgennummer brachten. Waren Anfangs Juli noch 13,000 Wagenladungen Weizen in unsern Magazinen, so ist dieser Vorrat nun auf 12,000 Wagen gesunken, dazu kommen noch die 5000 Wagen, die in Cette ausgeschifft sind. Unterwegs auf der See ist nichts! Der monatliche (unrationierte) Bedarf beträgt 3400 Wagen!

Wie weit reicht die Inlandernte? Wir hören, daß man für die allgemeine Versorgung mit dem Ertrag von 100,000 Hektaren rechnet, wenn die Hektar durchschnittlich etwa 20,000 Kilogramm abwirft, so käme man damit auf 20,000 Wagenladungen — aber davon sind wieder abzuziehen etwa 5000 Wagen nicht vermaßbares, abgehendes Getreide und 2000 Wagen Saatgut, so daß wir wohl nur mit 13,000 Wagen eigenen Gewächses rechnen dürfen, insgesamt also mit einem Vorrat von 30,000 Wagen. Damit müssen wir unbedingt bis zur nächsten Ernte auskommen und dabei nie vergessen, daß uns auch die nächste Ernte lange nicht über ein weiteres Jahr hinaus helfen wird.

Mehr Ackerbau! Was ist geschehen, seit dieser Ruf zuerst erhoben wurde? Mancherlei, aber noch lange nicht das Mögliche. Die Kräfte werden niemals instande sein, die große einheitliche Aktion so durchzuführen, daß wirklich aller kulturfähige Boden erfasst wird. Schon weil nur der Bund die an dieser Stelle längst und dringend verlangte Aktion zur Sicherung der notwendigen Arbeitskräfte durchführen kann. Glaubt man, daß St. Gallen aus eigener Kraft instande sei, den alten ostschweizerischen Kornboden zwischen Wil und St. Gallen auch nur annähernd so intensiv zu bebauen, wie er in alter Zeit bebaut war? Was geschieht mit den kulturfähigen Ebenen an der Broze? Was wird aus der Grenzweite? Was aus dem ft. gallischen Rheintal?

Die außerordentliche Parzellierung des Grundbesitzes, der bäuerliche Kleinbetrieb bildet ein ernsthaftes Hindernis für die Beischafterung der Inlandernte zur allgemeinen Volksernährung; auch Deutschland hat ja erfahren, daß die Requisition bei den Kleinbauern sich kaum lohnt. Vollends der schweizerische Kleinbauer kommt nicht über die Selbstversorgung hinaus. Um so nötiger ist es, daß wir da Großbetriebe einführen, wo sie möglich sind. An der Gelegenheit fehlt es nicht; aber wer ergreift die Gelegenheit? Wenn es richtig ist, daß in Basel der Gedanke auftauchte, an der Broze aus öffentlichen Mitteln Getreideboden im großen zu pachten, dann hätten wir doch wenigstens ein Beispiel, das weiterwirken könnte. Aber leider reifen solche Früchte und reifen unsere Entschlüsse immer noch langsamer, als die Not, die Krisis reift. Könnte der Bund nicht, wie unseres Wissens auch schon vorgeschlagen wurde, die Initiative zur Bil-

dung großer Ackerbaugenossenschaften ergreifen, die Streue- und Weideland in weiten Komplexen kultivieren würden? Für die Gewinnung der Arbeitskräfte, die unbedingt die Industrie abzugeben hat, nachdem sie jahrzehntelang auf Kosten der Landwirtschaft alle Hände in Beschlag nahm, ist natürlich die Sicherstellung eines gewissen Arbeitslohnes nötig. Der einzelne Bauer vermag da nicht aufzukommen; wenn er seinen Arbeitern Fr. 15 bis Fr. 20 zahlen wollte, wie die Granatenfabrikanten, dann würden die Bodenerzeugnisse unerschwinglich teuer. Im Großbetrieb aber läßt sich manches einsparen. Da lohnt sich der Dampfpflug und vielleicht bei ernsthaften Versuchen auch die motorische Kraft der Elektrizität.

Jetzt ist noch Zeit dafür, aber es ist auch höchste Zeit. Gemahnt und gewarnt ist seit Jahr und Tag genug. Jede fruchtlose Mahnung, deren Berechtigung hinterher zugegeben wird, wird zum Vorwurf und zum Grund neuen lähmenden Mißtrauens.

Auch auf kantonalem Boden, ja im Gebiet der städtischen Gemeinden ist immer noch nicht alles getan, was die Zeit verlangt. Ein Spaziergang durch unsere Billenquartiere zeigt, daß viele Leute, die „es haben und vermögen“, offenbar gelassen die hohen Lebensmittelpreise zahlen — man muß froh sein, wenn sich jeder an die Höchstpreise hält! — aber wohl noch nie daran gedacht haben, die weiten Rasenflächen innerhalb ihrer Herrschaftszäume anzubauen. Lieber dem Unbemittelten, der keinen Zoll Bodens seine eigenen nennt, die Lebensmittelknappheit verschärfen und die Preise hinaufstreben, als Früchte des eigenen Gartens zu essen.

Es geht nicht ohne tiefeingreifende Maßnahmen, ohne schwere Beschränkung des einzelnen im Interesse des Ganzen. Dazu gehört auch, daß die Behörden ernsthaft dafür sorgen, daß nicht fremdes Volk unser tägliches Brot verkürzt. Der „Fremdenimport“, und was weit bedenklicher ist, der Export für fremde Zwecke muß dem Interesse der schweizerischen Bevölkerung untergeordnet werden. Ist es wahr, daß Tausende von Wagenladungen mit Waren, die schweizerischen Vorräten entstammen, in Ein- bis Dreifloppaletten in die Gefangenenlager wanderten? Ist es wahr, daß diese Humanität sogar von der Kriegsgewinnsteuer erfaßt werden konnte? Ist es wahr, daß durch solche Aufkäufe besonders die Woll- und Lederwaren rar und teuer geworden sind? Eine öffentliche Aufklärung, und wenn nötig, ein energischer Eingriff, würden Wunder wirken für die Stimmung des Publikums und für die Mitarbeit des Volkes.

Das Volk weiß nachgerade, wo wir stehen. An Aufklärung hat es in der letzten Zeit nicht gefehlt. Wenn einer noch geneigt sein sollte, über amtliche Eingriffe in seine Privatphäre aufzubegehren, dann möchten wir ihn auf das französische Gesetz vom 3. August 1917 über die bürgerlichen Requisitionen verweisen. Frankreich ist trotz Krieg in bezug auf die Volksernährung in wesentlichen Punkten besser dran als die Schweiz. In diesem Gesetz aber ist vorgeesehen, daß die Behörden während der Kriegsdauer folgende Gegenstände requisieren können:

- 1. Alle Gegenstände, die für die Ernährung, Kleidung, Beleuchtung und Heizung der Zivilbevölkerung nötig sind.
- 2. Alle Stoffe und Einrichtungen der Industrie und des Handels, die zur Erzeugung, Fabrikation, Behandlung oder Konservierung dieser Gegenstände dienen.

So steht's im «Journal officiel de la République Française» Nr. 209 vom 4. August. Man braucht über die Tragweite solcher Erlasse wohl kein Wort zu sagen!

Da sollte man bei uns wenigstens nicht davor zurückschrecken, Bestandesaufnahmen und gelegentliche Stichproben bei Privaten vorzunehmen, wie es unseres Wissens zurzeit im Kanton Zürich geschieht. Sobald neue Höchstpreise oder Rationierungen angekündigt werden, beginnt bekanntlich immer das Aufkaufen. Da sollten die Behörden nicht langsamer sein als die Hamsterer, sondern gerade in den kritischen Tagen zugreifen.

Letzter Tage ist ein hochstehender Amerikaner ins Land gekommen, um sich ein Urteil über die schweizerischen Verhältnisse zu bilden. Nachdem ihm die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu den beiden kriegsführenden Parteien auseinandergesetzt waren und der Schreiber dieser Zeilen ihn nach seinem Eindruck

fragte, antwortete er mit einer in Amerika gebräuchlichen Redewendung: «You are between the devil and the deep sea» — Ihr steht zwischen dem Teufel und dem Abgrund!

Ein starkes Wort, aber kein falsches Wort. Der Ernst der Lage erfordert heute den guten Willen des ganzen Volkes und rücksichtslose Entschlossenheit der Behörden.